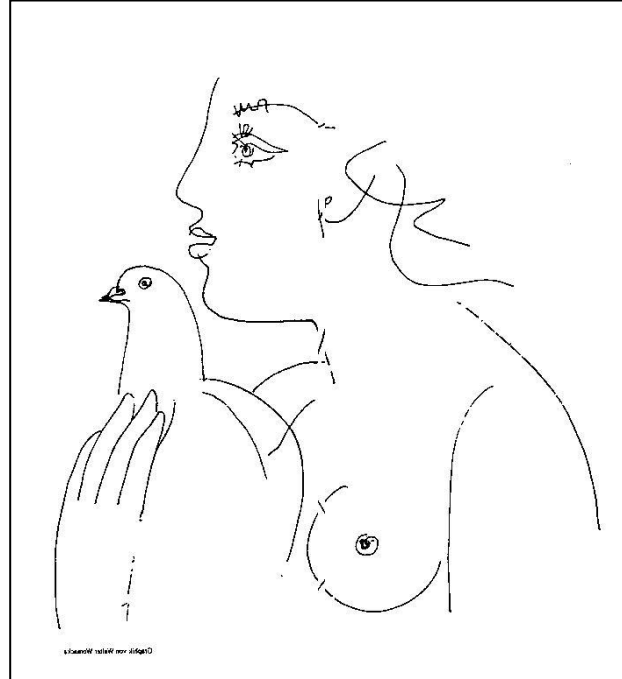


Nr. 202



**Russland nach den Duma-Wahlen 2016
und vor dem
100. Jahrestag der Oktoberrevolution 2017**

von
Bruno Mahlow

Mitglied des Ältestenrates der Partei Die Linke

Redaktionsschluss: 10.02.2017

c/o Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e. V.
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Tel.: 030/ 2978-4688 Fax: 030/ 2978-4689 E-mail: gbmev@t-online.de Homepage: www.gbmev.de/

Die Zeitung „Wsgljad“ (Ansicht) - von Businesskreisen schreibt im Internet am 1. Juni 2016 unter der Überschrift: „Russland erwartet ein großes Jubiläum zu dem es nicht weiß, wie es sich verhalten soll“:

„Weder in der Gesellschaft, noch beim Staat gibt es ein Verständnis, wie man sich zu diesen Daten (Anm.: Februar und- Oktoberrevolution) verhalten soll.“ Das stimmt zunächst einmal nicht ganz.

Bereits im März 2015 fand ein ZK-Plenum der KPRF zur Oktoberrevolution statt, auf dem der Vorsitzende der KPFR, Sjuganow, einen ausführlichen Vortrag hielt. Auch der russische Präsident Putin ging mehrfach auf dieses Thema ein, mal sehr strittig, mal wieder zurückrudern, um Neutralität bemüht. Sjuganow wandte sich im Gespräch mit Putin gegen die Gefahr einer neuen Welle des Antisowjetismus und für die Gesellschaft. Er meinte die Roten und die Weißen sollten sich zur Vermeidung neuer Auseinandersetzungen darüber verständigen. Putin lavierte einerseits mit Erklärungen gegen Forderungen zum Lenin-Mausoleum und zur Kremlmauer. Andererseits betonte er, dass es ja eine Partei gab - die KPdSU, die Verantwortung dafür trug, dass das Land stagnierte und statt sich den Herausforderungen zu stellen und falsche Ideen entwickelte.

Zum anderen machen die Aussagen des „Wsgljad“ die Schwierigkeiten deutlich angesichts der tiefen Meinungsverschiedenheiten zu einem gesellschaftlichen Konsens zu kommen.

Das Blatt fragt: „Waren es eine Tragödie, eine Errungenschaft, ein Ruck nach vorn, ein Schritt zurück? Warum begannen die Revolutionen, und wann waren sie faktisch beendet? Es ist Zeit sich festzulegen?“

Nach dem Zerfall der SU habe man anstelle objektiver historischer Kenntnisse eine neue Interpretation der Epoche der Revolutionen mit negativen Vorzeichen - dem Antisowjetismus gesetzt. Nunmehr nach all den gesammelten Erfahrungen nicht nur in Osteuropa, sondern der nächsten Nachbarn könne man sich mit eigenen Augen davon überzeugen. Wie kurz der Weg vom Antisowjetismus zur banalen Russophobie ist.

Zur Entwicklung der russischen Gesellschaft

Die russische Gesellschaft hat sich unter den veränderten gesellschaftlichen Bedingungen noch nicht voll herausgebildet und stellt noch keinen ganzheitlichen gesellschaftlichen Organismus dar. (vgl. Vorsitzender des Verfassungsgerichts Sorkin 2014: Gorbatschow, Jelzin, Jakowlew sind keine Revolutionäre, sondern, da sie ohne konstruktive Ziele, nur Putschisten und Zerstörer waren.) Daher können seiner Meinung nach die Gesetzgebung und das Recht nicht besser sein als die gesellschaftlichen Verhältnisse.

Russland hat nach dem Zerfall der UdSSR noch nicht zu sich selbst gefunden. Dem Volk müsse erst klar werden, wozu es fähig ist, meint ein Historiker und Analyst. Man könnte auch sagen - Russland krankt am Kapitalismus. Mit der Zerstörung des Landes haben die russischen Kapitalisten nicht die Freundschaft des imperialistischen Westens erhalten.

Die 90er Jahre waren gekennzeichnet von Antisowjetismus und Antikommunismus, Verwirrung und Zerstörung, krimineller Privatisierung und somit durch landesweites Chaos.

Danach folgte in den ersten 10 Jahren des neuen Jahrhunderts eine relative Stabilisierung. Allmählich zeigten sich Ergebnisse dessen, wie Lenin betonte, dass die Völker vor allem anhand ihrer eigenen praktischen Erfahrungen lernen.

Seit Beginn der zweiten Legislaturperiode Putins vertieft sich die Auseinandersetzung um einen Weg zur wirtschaftlichen-geistigen Wiedergeburt Russlands und damit um eine Selbstbesinnung. Und zwar nicht nur um die sich abzeichnende Selbstbesinnung auf die eigenen nationalen- und Sicherheitsinteressen, sondern dazu bedarf es stabiler innenpolitischer Voraussetzungen. Diese zu schaffen, insbesondere in der Wirtschaftspolitik und in der russischen Gesellschaft, bleibt weiterhin das Hauptproblem.

Die Eigentumsverhältnisse zeichnen sich durch eine Art oligarchischen Staatskapitalismus aus. 10% verfügen über 90% des Nationalreichtums. Die Machtverhältnisse stellen eine Art Symbiose von Oligarchie und Staatsbeamtentum dar.

Russland steht nach Kriterien der westlichen Statistik in der ökonomischen Entwicklung auf dem 95. Platz, in der Lebenserwartung auf dem 91. Platz. Nur 19% des BIP kommen aus seiner verarbei-

tenden Industrie (in Deutschland = 53%). Seine ökonomische Abhängigkeit beträgt im Werkzeugmaschinenbau 90%, im gesamten Maschinenbau 70%, im Flugzeugbau 80%. 50% der Nahrungsmittel kommen aus Importen. Gravierend ist die Abhängigkeit vom Westen in der Bank- und Finanzsphäre. Diese zu überwinden, braucht trotz aller Bemühungen Zeit, da man schon viel Zeit verloren hat. In den nächsten 3-4 Jahren werden die Staatshaushaltsprobleme nicht zu lösen sein. Zumal auch der Rentenfond zu deren Lösung angegriffen werden soll.

Bei alldem sollte jedoch beachtet werden, dass auch im kapitalistischen Russland gearbeitet, gebaut und investiert wird. Das Zurückbleiben der verarbeitenden Industrie ist nur die eine Seite. Auf der anderen Seite, und die ist den USA und der NATO geostrategisch mehr als ein Dorn im Auge, stehen die Größe, das Potenzial und die Ressourcen Russlands.

Russland reagiert einerseits militärisch mit beabsichtigter Abschreckung. Andererseits lässt man mit einer gewissen Schläue den Gegner glauben bzw. die Meinung verbreiten, Russland sei schwach. So bemerkte Putin in einem solchen Zusammenhang: „Es reicht nicht Fuchs zu sein, er muss auch einen flauschigen Schwanz haben.“

Die Kluft zwischen Arm und Reich, steigende Preise, kommunale Gebühren, ernste Probleme im Gesundheits- und Bildungswesen erhöhen die sozialen Spannungen. Gefahren drohen auch aus der Situation unter der Jugend, selbst unter den Hochschulabsolventen, angesichts ihrer Perspektivlosigkeit. Die einzige Hoffnungsklammer bleibt der Patriotismus und Putin, der wiederum bei der Suche nach Umsetzung seiner „Harmonisierungspolitik“ zum Lavieren zwischen verschiedenen Kräften gezwungen ist.

Ergebnisse der Duma-Wahlen

Die Wahlbeteiligung lag bei 47,8%, die niedrigste aller bisherigen Wahlen.

Die Mandatsverteilung der 450 Duma-Abgeordneten:

- 343 Abgeordnete von der regierenden Partei „Einheitliches Russland“, die damit über die absolute Mehrheit verfügt.

- 42 Abgeordnete von der KPRF - von bisher 92 (1/4 der Abgeordneten der KPRF und linker Patrioten erstmalig und aus allen Bereichen. Sie bleibt trotz herber Verluste 2. stärkste Parlamentspartei in der Duma).
- 39 Abgeordnete der LDPR
- 23 Abgeordnete der Partei „Gerechtes Russland“.
Beide Parteien verloren ebenfalls viele Wähler.
- Je 1 Abgeordneter der Partei „Rodina“, des „Bürgerwillens“ und ein Einzelmandat.
- Von 14 teilnehmenden Parteien und damit auch von der liberalen Opposition konnte keine die 5% Sperrklausel überwinden.

Zu den Besonderheiten der Wahlen, die von Dezember auf den 18. September - in die Datschenzeit und vor der Staatshaushaltsdebatte - vorverlegt wurden und gleichzeitig mit den Regionalwahlen in 39 Regionen stattfanden, gehören insbesondere:

- die neue Wahlgesetzgebung, nach der die Hälfte der 450 Abgeordneten nach Parteilisten und die Hälfte nach Einzelmandaten gewählt wurden. Aufgrund der Nutzung administrativer Ressourcen hatte die Partei „Einheitliches Russland“ einen Vorteil, der ihr 203 von 225 Einzelmandaten sicherte.
- Scheinparteiengründungen zur Schwächung des KP Einflusses. Die Mindestmitgliederzahl wurde auf 500 gesenkt. (75 registrierte Parteien)
- Befreiung der Kandidaten aller Parteien von Unterschriftensammlungen, wenn sie über 3% der Stimmen erhielten.
- Einzelkandidaten mussten Unterschriften zur Unterstützung ihrer Kandidatur von 0,5% aller Wahlberechtigten ihres Wahlkreises vorlegen. (Sie müssen jedoch ständigen Wohnsitz nachweisen, sonst erhalten sie auch keinen ortsgebundenen Wahlschein.)
- Ländliche Kreise wurden mit Stadtkreisen verbunden.
- Wähler im Ausland wurden auf eine größere Zahl von Wahlkreisen verteilt
- Die staatliche Finanzierung wurde zur Reduzierung von Sponsoren von 20 über 50 auf 120 Rubel pro Stimme erhöht.
- Forderung nach Auflösung von Auslandskonten.
- Verschärfte Vorschriften, unter anderem, reduzierte Möglichkeiten für Monitoring/Wahlbeobachtung.

Die Wählerstimmung war einerseits bestimmt durch Misstrauen, Resignation, soziale Unsicherheit und andererseits durch Skepsis an Veränderungen, Parteien, Politiker, und somit durch Passivität und eine Art loyale Schweigsamkeit.

Die entscheidende Hoffnungsklammer bleiben Patriotismus und die Zustimmung zu Putin. Von einem realen Sieg kann im Grunde keine Partei ausgehen. Die Duma wird zu einem Akklamationsorgan Putins und der Partei „Einheitliches Russland“. Die zentralen Entscheidungen verbleiben beim Präsidenten und in der Regierung.

Bemerkenswert sind weiterhin solche Fakten:

- Die Wahlbeteiligung in Moskau und St. Petersburg lag bei 30-35%.
- Vertreter der Intelligenz, der Staatsbeamten und der neuen „goldenen Jugend“ wählten vor allem die neoliberalen Oppositionellen von „Parnas“, „Jabloko“ und „Bürgerwille“.
- Aufmerksamkeit verdient, dass es so still um die Oligarchen ist. Man lässt sie in Ruhe und sie halten sich ebenfalls zurück. Wenn das man nicht die Ruhe vor einem Sturm ist.
- Und nicht zu vergessen sind in Russland die oft sehr weiten und z. T. auch teuren Wege zu den Wahllokalen.

Die KPRF in den Wahlen und danach

Die KPRF, die erst 1991 von Parteiorganisationen der KPdSU gebildet worden ist (vorher gab es in allen Sowjetrepubliken eigene KPs nur nicht in der RSFSR), wurde unter Jelzin verboten und 1993 wieder gegründet. Sie hat etwa 156.000 Mitglieder und tritt in ihrem Programm für einen erneuerten Sozialismus ein.

Als Hauptfrage für die Wahlen galt nach Sjuganow: In welchem Land werden wir, unsere Kinder und Enkel leben? Das Land befinde sich in einer Systemkrise. Zunehmende Gefahren ergeben sich für Russland aufgrund der globalen Hegemonialpolitik der USA, der Einkreisung durch die NATO, Sanktionen, Rohstoffpreise. Es gehe angesichts der kritischen Situation in Bereichen der Wirtschaft, der Produktion, der Bildung, der Wissenschaft, des Gesundheitswesens, der zunehmenden Unsicherheit und sozialer Spannungen um eine neue Politik.

Als Orientierung wurde ein 10 Punkte- Programm beschlossen, das alle entscheidenden Bereiche des gesamten Lebens umfasste (Nationalisierung in Rohstoff- und Bankbereichen ökonomische Souveränität, Industrie, Wissenschaft, Technologie, Bildung, Entwicklung des Dorfes, Steuer-, Tarif- und Preispolitik u.a.).

Auf die Wahlkampagne wurde mit einem Referat Iwan Melnikows, (Vizevorsitzender der KPRF, der Erste Stellvertreter des Vorsitzenden der Staatsduma) bereits im Oktober 2015 orientiert. Im Juli 2016 charakterisierte er einerseits die politische Situation angesichts dominierender linker Stimmungen für die KP als günstig. Andererseits sei sie durch die veränderte Wahlgesetzgebung technologisch kompliziert. Zugleich verwies er auf Probleme in den Regionen, in der Arbeiterklasse, in der Arbeit unter den Massen. Sicher spielten solche nach den Wahlen als Ursachen für deren Ergebnisse zu berücksichtigende Faktoren wie die neue Wahlgesetzgebung, die Stimmung der Mehrheit der Wähler für politische Stabilität und für Putin und seine Partei (und damit die Furcht vor Veränderungen), die Auswirkungen der Ukraine-Krise, die patriotische Welle, die geringe Wahlbeteiligung, Wahlfälschungen eine wichtige Rolle. Letzteres wurde von der Führung unmittelbar nach den Wahlen neben dem Ernst der entstandenen Situation in den Vordergrund gestellt. Für eine gründliche Wahlanalyse reicht dies sicher nicht aus. Insofern sind auf Regionaltreffen und in Einzelgesprächen. mehr kritische Stimmungen zu vernehmen. Verwiesen wird u. a. auf die schwache und z. T. unglaubliche Wahlkampagne, ungenügende Vorbereitung von Einzelmandatsträgern, Schwächen in der außerparlamentarischen und Basisarbeit, der Verlust des Dorfes, Kritik am Führungsstil und subjektiven Entscheidungen in der Parteiführung.

Wie zu erwarten, war die Auswertung der Wahlen auf dem ZK-Plenum am 22.-23.Oktober etwas gründlicher. Sjuganow zeigte neben bekannten Ursachen auch Schwachstellen auf, warnte jedoch vor Missmut und Resignation. Er forderte zu verstärkter Kampfschlossenheit vor dem 100. Jahrestag der Oktoberrevolution auf. Zu diesem Jahrestag gab es auf dem Plenum ein gesondertes Referat und es wurde ein spezieller Beschluss gefasst (darunter auch zur speziellen Kampagne für Mitgliederwerbung). Der XVII. Parteitag wurde für Mai 2017 einberufen.

Die Diskussion widerspiegelte eine Art selbstkritische Unzufriedenheit.

Dazu eine Zusammenfassung wichtiger Aussagen:

- Entscheidend sei zu erkennen - die Macht ringt ums eigene Überleben, während viele Wähler nach der Devise entscheiden: Lieber den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach.
- Es bedarf größeren Einflusses auf die Arbeitskollektive, die Jugend und einer breiten Mitgliederwerbung.
- Gegen faule Kompromisse
- Für einen Volksstaat
- Kaschin, ein stellv. Vorsitzender des ZK stellte das Ringen um Vorsitz in Duma-Ausschüssen und um den Posten eines Ersten stellvertretenden Dumavorsitzenden in Zweifel. Damit übernehme man die Mitverantwortung für die gegenwärtige Politik. Man dürfe auch nicht vergessen, dass auf der Krim und im Donbass Antikommunisten das Sagen haben.
- Gefordert wurde die Bildung einer Kommission zum Thema: In welcher Gesellschaft leben wir? Kritik an der „Parlamentskrankheit“, gegen das Stellen der Fraktion über die Partei, gegen „komtschwanstwo“ (kommunistische Hochmut).
- Die Bedeutung der Leninschen Aufforderung, die Stimmung der Massen müsse man „fühlen, verstehen und kennen“.
- Das 10-Punkte Wahlprogramm sei gut aber ein Maximalprogramm, seine Umsetzung braucht Zeit, die Menschen fürchten jedoch Veränderungen und dass es noch schlechter wird. Hauptsache es gibt keinen Krieg!
- Es bedarf einer Technologie zur Umsetzung der künftigen Aufgaben
- Gegen die Abkehr von der Verbindung der nationalen Frage und dem Klassenkampf.

Zu einigen historischen Leistungen und Problemen der Entwicklung nach der Oktoberrevolution

Auf historische Leistungen in der sozialistischen Entwicklung der Sowjetunion, hier wenigstens in einiger Kürze einzugehen, scheint erforderlich zu sein, um Einseitigkeiten bei der Bewertung und Würdigung dieser Leistungen als Selbstverständlichkeiten entgegenzutreten. Das ist notwendig, um sich heute der weit verbreiteten

Betonung der Probleme, Fehler und Deformationen auf einem komplizierten Weg des Beschreitens gesellschaftlichen Neulands zu widersetzen. Hilfreich kann dabei das Zurückgreifen auf eine Reihe literarischer Werke der Sowjetperiode sein, wie z.B. den Roman „Zement“ von Fjodor Gladkow, „Der Leidensweg“ von Alexej Tolstoi, Scholochows „Stiller Don“ und „Neuland unterm Pflug“. Dies gilt vor allem für diejenigen, die verständlicherweise Schwierigkeiten haben, sich auf die revolutionäre Romantik, den Enthusiasmus der Erbauer und die konkreten Widersprüche in den Jahrzehnten der Erstarkung des ehemaligen Agrarlandes zur industriellen Großmacht einzustellen.

Am Ende des ersten 5-Jahrplanes (1922 – 1929) entstanden über 1.500 große Industriebetriebe, zum Teil mit ausländischen Investitionen und Spezialisten und der Tatsache, dass der 5-Jahr-Plan aufgrund der Weltwirtschaftskrise wesentlich korrigiert werden musste. Vorherrschend musste vieles durch Handarbeit und unter schwierigsten klimatischen Bedingungen, bei klirrendem Frost, geschaffen werden. So entstand eine eigene Automobilindustrie, wurde alles Notwendige für die Metallurgie und Energieproduktion hergestellt. Der Schwerindustrie musste Vorrang eingeräumt werden, allein um die erforderlichen Voraussetzungen für die Verteidigung des Landes zu schaffen. Erinnerung sei auch daran, dass 1929 die Rote Armee nur über 92 Panzer und fast keine Flugzeuge verfügte.

Es waren nicht nur historische Bedingungen, das gesellschaftliche Neuland, die beim Aufbau der neuen Gesellschaft zu Problemen und Deformationen führten. Auch Leninsche Prinzipien und realistische Positionen in der praktischen Umsetzung der sozialistischen Ziele, fanden nicht die gebührende konsequente Aufmerksamkeit. Zunehmend fehlte die schöpferische Anwendung und Weiterentwicklung der Lehren von Marx, Engels und Lenin, die gebotene Berücksichtigung der Erfahrungen aller sozialistischen Länder.

Die sozialistische Idee hätte im Laufe der Zeit, insbesondere in der praktischen Politik der KPdSU einer Erneuerung bedurft. Das betraf auch das Problem der Freiheit, der Unterordnung individueller unter die gesellschaftlichen Interessen im Sozialismus.

Die Missachtung von Rechten und Freiheiten der Persönlichkeit säte Enttäuschung, führte in den 80iger Jahren zur Zuspitzung ökonomischer und politischer Probleme, zu ökonomischen Missstän-

den, zum Verlust jeglicher Motivation und schließlich zu einem Teufelskreis mit absolutem Vertrauensverlust. So kam es für viele unerwartet dazu, dass der Generalsekretär des ZK der KPdSU Juri Andropow auf einem Plenum im Juni 1983 dazu aufforderte sich über die Gesellschaft in der man wirkte klar zu werden und schlussfolgerte: „Wir haben bisher noch nicht im erforderlichen Maße die Gesellschaft erforscht, in der wir leben und arbeiten, haben noch nicht die ihr eigenen Gesetzmäßigkeiten, insbesondere die ökonomischen, erschlossen. Deshalb sind wir gezwungen, sozusagen empirisch auf recht unrationale Weise von Experimenten und Fehlern vorzugehen.“ Der Weg des Menschen zum - sich als Eigentümer an gesellschaftlichem Eigentum fühlender - habe sich als langwierig erwiesen. Es bedürfe notwendiger Korrekturen in der Wirtschafts- und Nationalitätenpolitik.

Im Programm der KPRF ist folgende kritische Wertung der Entwicklung der Sowjetunion enthalten (kurz zusammengefasst): Es wurden keine adäquaten Produktivkräfte und entsprechende Wirtschaftsmechanismen geschaffen, es erfolgte keine reale Vergesellschaftung der Produktion, das Leistungsprinzip wurde deformiert, es breitete sich Bürokratismus und Passivität aus. In der Partei wirkten gegensätzliche Tendenzen - proletarische, kleinbürgerliche, trotzkistische, demokratische und bürgerliche, patriotische und kosmopolitische, pseudorevolutionäre und ideenloses Karrieristentum. Mit dem Monopol auf die Macht und die Ideologie wuchsen Selbstzufriedenheit, Überheblichkeit, verbreitete sich die Entartung von Parteifunktionären. Die Krise der Partei hatte die Krise der Gesellschaft zur Folge. Die KPRF sieht sich als Partei, die für einen neuen Sozialismus eintritt, gereinigt von früheren Fehlern und Verirrungen, für die sie die Verantwortung nicht leugnet.

In der praktischen Politik wurde über einen langen Zeitraum die Rolle des Wertgesetzes, des Marktes, des Doppelcharakters der Ware, der Beziehung zwischen abstrakter und konkreter Arbeit, zwischen individueller und gesellschaftlicher Arbeit ignoriert. Damit waren auch Fehler und große Opfer bei der Industrialisierung und Kollektivierung verbunden. All dies wirkte sich in der Gleichmacherei, in der Anonymität des Eigentums, im Voluntarismus, in der Ausbreitung einer Schattenwirtschaft aus. Die Entfremdung der Werktätigen vom Eigentum und von der Produktion und administ-

rative Bürokratisierung führte zunehmend auch zur Deformation des politischen Systems.

Auch der XX. Parteitag erwies sich in vielem als eine unvollkommene Art des Umgangs mit geschichtlichen Vorgängen und Persönlichkeiten. Er beschränkte sich auf die Verurteilung des Personenkults und allgemeine Aufrufe zur Wiederherstellung Leninscher Normen und Prinzipien. Weder der Personenkult als solcher wurde abgeschafft noch wurden die Leninschen Prinzipien wiederhergestellt. Die nachfolgende Entwicklung bestätigte, dass ein Führungswechsel nicht ausreichte, sondern es bedurfte einer prinzipiellen Veränderung im Funktionieren der Gesellschaft, des politischen Mechanismus der Machtausübung sowie der Wirtschaftspolitik.

Zu einigen Lehren der Oktoberrevolution und ihrer Bedeutung für die heutige Zeit

Auf dem jüngsten ZK-Plenum der KPRF wurden im Referat zur Oktoberrevolution folgende Schwerpunkte betont:

1. Die Oktoberrevolution war kein Zufall. Die Februarrevolution hatte die gesamte gesellschaftliche Krise vertieft.
2. Die Oktoberrevolution war nicht zerstörend, sondern aufbauend - auf Austritt aus dem imperialistischen Krieg gerichtet.
3. Die Verantwortung für den Bürgerkrieg tragen nicht die Bolschewiki, sondern die Reste der alten Gesellschaft und die Intervention von 14 bürgerlichen Staaten.
4. Gegen die These, dass die Leninsche Nationalitätenpolitik eine Bombe unter den Vielvölkerstaat gelegt habe. Gleichmaßen ist der Nachweis für die Rolle des Selbstbestimmungsrechts und die Möglichkeit der Vereinigung zu führen.

Insgesamt geht es auch für uns Linke, um die Auseinandersetzung mit jeglichem konjunkturellen Herangehen an die Oktoberrevolution. Die Februar und die Oktoberrevolutionen auf eine Stufe zu stellen, bedeutet die Oktoberrevolution zu verfälschen, ihre historische Bedeutung herunter zu spielen.

In ihr ging es angesichts der Gefahren für die russische Staatlichkeit auch um die Rettung des Landes. Die Februarrevolution war das Ergebnis einer tiefen sozial-ökonomischen Krise, der Diskreditie-

rung der zaristischen Macht. Selbst die russische Kirche stellte sich gegen den Monarchen. Russland erwies sich als das schwächste Glied in der Kette der imperialistischen Staaten. Mitte 1917 befanden sich 90-95% des russischen Kapitals unter ausländischer Kontrolle. Die Staatsschulden betragen 50 Milliarden Rubel. Die Souveränität Russlands war in Gefahr. Das Land war faktisch schon in Voraus zwischen Frankreich, England, den USA und Japan aufgeteilt. (Hans- Werner Deim in „Geschichtskorrespondenz, April 2007). Das zaristische Regime trug auch die Verantwortung für die Niederlage im russisch- japanischen Krieg 1904. Dazu kamen die Niederlagen von 2 russischen Armeen im Ersten Weltkrieg.

Nur die Bolschewiki zeigten sich in der Lage Russland zu retten. Sie hatten dafür die entscheidenden Voraussetzungen - eine Vision für die Zukunft und mobilisierende Aktionslosungen für Frieden und Grund und Boden. Sie verfügten über den notwendigen Willen, die entsprechende Energie und organisatorische Voraussetzungen. Sie vermochten das Volk für kommunistische Ideen, für den Aufbau einer neuen Gesellschaft und für den Kampf gegen den parasitären Kapitalismus zu gewinnen.

Sicher ist es heute nach der Niederlage des Sozialismus in Europa in vielem schwerer, die notwendigen Lehren und Schlussfolgerungen für Gegenwart und Zukunft zu ziehen. Noch ist die Krise der Linken nicht überwunden. Noch wirken Resignation, Verwirrung, Lügen und Geschichtsfälschungen.

Die Oktoberrevolution und die Sowjetperiode vermitteln auch mit ihren kritikwürdigen Erfahrungen im Grundsätzlichen wesentliche Lehren hinsichtlich der Fragen von Strategie und Taktik, präziser Losungen, der Erfordernisse bezüglich der Macht- und Eigentumsfragen. Dabei geht es um einen Fortschritt zu dem man, wie Lenin vorausgesagt hatte, auf verschiedenen Wegen gelangt, auch über Zwischenetappen. So gelangte zum Beispiel Lenin 1905 zur Orientierung auf eine demokratische Diktatur der Arbeiter und Bauern.

Heute es geht darum, wie es den Menschen zu vermitteln ist, dass es um eine Alternative zum Kapitalismus gehen muss. Es geht um Freiheit für die werktätigen Massen, die Lohnabhängigen und soziale Gerechtigkeit und zwar mit den heute gemäßen Inhalten, For-

men und Methoden. Nur so ist es möglich, die menschliche Zivilisation zu retten, und dies angesichts:

1. der zentralen Frage Frieden und ihres heutigen sozialen Inhalts;
2. der Breite des Hauptwiderspruchs zwischen Kapital und Arbeit, d.h. der Mehrheit der heute Beschäftigten und Lohnabhängigen;
3. der neuen Anforderungen an die politische Mobilisierung der Menschen, vieler spontaner und lokaler Initiativen und Aktionen, parlamentarische und außerparlamentarische Arbeit;
4. der Notwendigkeit einer Bündnispolitik ohne Alleinvertretungsanspruch;
5. der notwendigen politischen Bildung und der schöpferischen theoretischen Arbeit, da sonst die Gefahr der Stagnation existiert und das Entstehen eines Vakuums für fehlerhafte Theorien und Praktiken die Folgen sind;
6. der Lehren, die aus der Kritik an Stalin und aus den Ursachen für Fehler und Deformationen zu ziehen sind. Dazu gehört insbesondere, sich der Lehren bewusst zu sein, zu welchen Gefahren das Verkennen der Widersprüche, der Verlust des Realitätssinns in einer sozialistischen Gesellschaft führt.

Es gilt, die Frage der politischen und wirtschaftlichen Demokratie mit der inneren Demokratie und der Rolle der Partei, mit den demokratischen Traditionen des Staates zu verbinden. Auch hierzu ein Zitat aus einem Interview Palmiro Togliatis in „Nuovi Argomenti“ vom Juni 1956: „Aus der Kritik an Stalin ergibt sich ein allgemeines Problem, das der ganzen Bewegung gemeinsam ist – das Problem der Gefahren einer bürokratischen Entartung, des Erstickens des demokratischen Lebens, der Verwechslung zwischen konstruktiver revolutionärer Kraft und Zerstörung der revolutionären Gesetzlichkeit, eine Loslösung der wirtschaftlichen und politischen Leitung von der Kritik, von der schöpferischen Kritik und Aktivität der Massen“.

Bis heute spielt jedoch eine andere Frage eine noch wichtigere Rolle, nämlich das Erfassen der Revolutionstheorie in ihrem inhaltlichen Zusammenhang und zwar in zweierlei Hinsicht:

1. Die Revolution ist nicht auf einen einmaligen Akt – den Sturm und die Machteroberung – zu reduzieren. Auch die nachfolgende Machtausübung gehört dazu. So ist zu verstehen was Lenin

meinte, dass jede Küchenfrau sich in der Politik auskennen muss. Die Machtausübung muss sich auf eine Mehrheit stützen. In diesem Zusammenhang sind Feststellungen des Führers der chinesischen Revolution Sun Jatsens aus dem Jahre 1924 bemerkenswert. In seiner Arbeit „Das große Programm für den Aufbau des Landes“ niedergeschrieben am 12.04.1924 stellte er fest: „Die Prozedur des Aufbaus teilt sich in drei Phasen: 1. Zeit der Militärregierung, 2. Zeit der Unterweisung in das Regieren und 3. Zeit der verfassungsgemäßen Regierung.“ Man könnte jetzt die Frage aufwerfen, wie es bei den sozialistischen Ländern mit der Unterweisung in das Regieren, mit dem Trainieren des Volkes in dem Gebrauch seiner Rechte in der gesellschaftlichen und nicht zuletzt mit der „Erziehung der Erzieher“ gestanden hat.

2. Das Verhältnis zwischen Revolution und Transformation. Inwieweit sind transformatorische Prozesse mit wesentlichen Veränderungen in der gesellschaftlichen Entwicklung, mit der Systemfrage vereinbar. Und inwieweit laufen sie Gefahr zu einer Art Wandel nicht allein durch Annäherung, sondern durch Anpassung zu werden, zu einem illusionären Versuch, das Kapital überlisten zu wollen.

Und noch zwei nicht unbedeutende Lehren, die uns bis heute die Entwicklung der Sowjetunion nach der Oktoberrevolution vermittelt. Das sind Wunschvorstellungen über revolutionäre Veränderungen, die mit einem Schlag alle Probleme und Aufgaben lösen und Schwierigkeiten überwinden werden. Und schließlich eine sehr bedeutende Lehre, die sich für uns auch heute aus dem Gedanken Clara Zetkins in ihrer Rede Ende 1926 auf dem VII. Erweitertem Plenum des Exekutivkomitees der Komintern ergibt: Sie wandte sich entschieden gegen jene „die sich mit Eifer auf die russische Frage stürzten, um dadurch zu verdecken, dass ihnen vollständig die politische Fähigkeit fehlt, die Probleme und Aufgaben der kommunistischen Partei im eigenen Lande auch nur richtig zu sehen und zu formulieren, geschweige denn zu lösen“ (Clara Zetkin „Für die Sowjetmacht. Artikel, Reden und Briefe 1917 / 1933, Berlin 1977, Seite 392“).

Die russische Frage ist wohl auch heute für die deutsche Linke aktuell, insofern weil sie sich der Anforderung zu stellen hat, eigene Positionen zur Entwicklung normaler Beziehungen zwischen

Deutschland und Russland einzunehmen. Dies auch eingedenk dessen, dass neben „nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus“ nach 1945 auch die Forderung nach Freundschaft mit der Sowjetunion an der Wiege eines neuen Deutschlands stand. Es gibt genügend historische und strategische Gründe, um sich um die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Völkern beider Länder zu sorgen.

Zur russischen Frage gehören heute viele Aspekte:

- die Erfahrungen und Lehren der Oktoberrevolution und der Entwicklung der Sowjetunion, Ursachen ihrer Zerstörung;
- die russische Frage in Russland selbst, die Rolle der Russen in Geschichte und Gegenwart, ihre Situation im postsowjetischen Raum, die sozialökonomischen und politischen Machtverhältnisse, die Folgen des Zerfalls der UdSSR und die Auseinandersetzung um einen Weg Russlands in den Kapitalismus, die Veränderungen in der sozialen Struktur der russischen Gesellschaft, die Rolle der oppositionellen Kräfte, die Entwicklung der KPRF;
- die russische Außenpolitik, ihre Grenzen und Möglichkeiten, der Platz und die Rolle Russlands in den internationalen Beziehungen;
- Auseinandersetzung mit Versuchen über die Geschichtsrevision, revanchistische Stimmungen und Aktionen, ein neues Feindbild zu schaffen;
- der Stellenwert der deutsch-russischen Beziehungen, ihre strategische Bedeutung für beide Länder;
- konstruktive Positionen Der Linken für partnerschaftliche Beziehungen zwischen beiden Ländern und die Freundschaft zwischen den Völkern.

Vor allem kommt es aber darauf an, eine objektiv würdige Verteidigung der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution und das Wissen um die wahre Geschichte zu verteidigen. Für die heutige Frage „Was tun?“ könnte auch Lenins Arbeit „Was tun?“, die darin enthaltene Hervorhebung einer mit revolutionärer Theorie ausgerüsteten Partei als wichtigen subjektiven Faktor dienlich sein. Dies auch, um den für heute notwendigen schöpferischen Mut und Optimismus zu bewahren.

Für die linken Kräfte kommt es auch darauf an, aktiv gegen die gegenwärtig sich zuspitzende Russophobie aufzutreten. Dazu gehört ebenfalls die Kenntnis der Geschichte. USA - Präsidenten haben bereits im 19. Jahrhundert Russland mit seinem großen Territorium und seinen Naturressourcen als Feind behandelt. Aber schon vorher, nach der Okkupation von Smolensk und Moskau durch polnische Truppen im 18. Jahrhundert, also in der Zeit der Wirren in Russland, hat die katholische Kirche in Rom die Fanfare des Sieges angestimmt. In Rom wurde ein allgemeines katholisches Fest des Sieges „des wahren christlichen Glaubens“ über das „Moskauer Barbarentum“ gefeiert. Wenn man die im Februar dieses Jahres angenommene neue Redaction der Strategie der nationalen Sicherheit der USA bewertet, könnte man zu der Schlussfolgerung kommen, dass es dabei um eine um Jahrhunderte wirkende eindeutige anti-russische Orientierung geht. Darin wird eine ausgesprochen negative Sicht auf Russland verbreitet. Gestützt auf eine Exklusivität der USA wird auf die Durchsetzung eines langfristigen Russlandfeindlichen politischen Kurses im Zusammenwirken mit ihren Verbündeten orientiert, und zwar in allen seinen Formen und Bereichen. Die Weltherrschafts - Politiker offenbaren dabei, dass sie nicht über eine Idee und schon gar nicht über eine konstruktive Lösung der für die Menschheit anstehenden Probleme verfügt. Sie stellen nur phrasenhafte Formeln über Freiheit und Demokratie in den Mittelpunkt. Dagegen geht es den progressiven Kräften um Fragen der höchsten Werte des Lebens und den Linken Kräften insbesondere um sozialistische Ideale.

Anmerkung:

Bei meinen Darlegungen habe ich mich auch auf Quellen der Geschichtskorrespondenz des marxistischen Arbeitskreises zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung beim Parteivorstand der Linkspartei und der DKP vom April 2007 und jüngste Publikationen in Russland, unter anderem der Historiker J. Shukow und J. Jemeljanow, und des Historikers und Pädagogen Felix Gorelik mit seinem Anti-Lehrbuch für den Lehrgang zur Geschichte und Gesellschaftskunde: „Ich liebe dich, Sowjetunion“ (Wahrheit gegen Lüge) Lugansk 2007 gestützt.